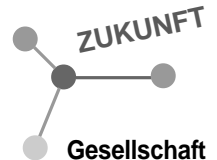




WZFG e.V.
Berlin-Buch

Forschung für zukunftstaugliches Verhalten
Förderung regenerativer Energien
zukunftsorientierte Kulturarbeit
Öffentlichkeitsarbeit

NETZ-
WERK



**Gesellschaft
für Zukunftsgestaltung e.V.**
Knoten Berlin-Buch

WERKSTATT FÜR ZUKUNFTS-FORSCHUNG UND -GESTALTUNG (WZFG e.V.) auf dem Biomedizinischen Forschungscampus Berlin-Buch

Geschäftsstelle, PF, 13092 Berlin, od. Robert-Rössle-S. 10, 13125 Berlin, T=030/94063845, F=/9494161 d.; T=030/4241718, F=42085416 p.
www.zukunfts-werkstatt.org / kontakt@zukunfts-werkstatt.org

Kommentar zum „Zukunftsmanifest“ von Matthias Horx

Zu 1.

Im globalen Vergleich ist Deutschland zweifellos eines der wirtschaftlich potentesten und reichsten Länder, aber wir haben - wie alle hochentwickelte Länder - zwei Typen zukunftsgefährdender Verteilungsprobleme, die in ähnlicher Weise auch die gesamte Welt betreffen:

- Im mehr oder weniger (un)demokratischen Gerangel um die *Verteilung unserer Wirtschaftskraft auf verschiedene Entscheidungsträger und Zwecke* - nämlich auf private Verfügungsmacht und privaten Konsum bzw. auf staatliche Verfügungsmacht und zukunftsichernde gesamtgesellschaftliche Aufgaben - wurde der (National)Staat ausgeplündert und weitgehend seiner Handlungsfähigkeit im Allgemeininteresse beraubt. Die private Wirtschaft ist bereits weitgehend globalisiert, ohne daß globale politische Instanzen deren Nutzen für das Weltganze absichern.

- Im Gerangel um die *Verteilung des erwirtschafteten Wohlstandes* sorgen die Mechanismen des derzeitigen Systems für eine stete Umverteilung zugunsten Besitzender auf Kosten einer Mehrheit Benachteiligter, die immer wieder nur dürftig ausgeglichen werden kann, sowie eine Umverteilung zugunsten der reichen Länder auf Kosten der armen.

Angst vor der Nicht-Lösung dieser Verteilungsprobleme zugunsten einer ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung sollten wir schon haben. Angst ist ein sinnvoller Handlungsantrieb, solange sie nicht zur Verdrängung führt.

Vielfach aber werden Ängste geschürt mit einem ganz anderen Ziel, nämlich um die genannten Verteilungsdisproportionen aus kurzfristigem partikulärem Interesse aufrecht zu erhalten oder sogar noch zu verschärfen.

Wer diese Dinge nicht auseinander hält - also begründete Warnungen vor global zukunftsgefährdenden Entwicklungen mit zweckegoistischer Panikmache undifferenziert in einen Topf wirft und als „Katastrophismus“ verunglimpft, trägt eher zur Verdrängung der beschriebenen Zukunftsprobleme bei.

Was wir brauchen ist ein verbreitetes Bewusstsein von der Notwendigkeit einer drastischen Dematerialisierung und Optimierung unseres gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur und einer Umverteilung zukunftstauglichen wirtschaftlichen Wachstums und seines Wohlstandsgewinns zugunsten bisher benachteiligter Länder und Bevölkerungsgruppen.

Zu 2.

In der Tat sind die quoten- und auflagenabhängigen Massenmedien ein wesentlicher Teil unserer globalen Zukunftsproblematik: Wegen dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Gunst der Medienkonsumenten und der Konkurrenz untereinander müssen sie sich weitgehend an der verbreiteten Lust an Skandal, Konsum, Gewalt und Sex orientieren und die wichtige Aufgabe, zukunftstaugliches Ideengut in die Köpfe zu bringen, vernachlässigen. Sie widerspiegeln

weitgehend zukunftsuntaugliche Werte, Haltungen, Denk- und Verhaltensmuster, verbreiten sie massenhaft als Verhaltensvorbilder, prägen und verbilden damit schon jede nachwachsende Generation.

Machtvoller Boykott der Medien durch die Mehrheit ihrer Konsumenten erscheint daher kaum denkbar: Sie entsprechen ja gerade dem durch sie begünstigten wenig zukunftstauglichen Geschmack dieser Mehrheiten. Sollen sie ihre Bildungsaufgabe für die Zukunft erfüllen können, müssen sie von der Konkurrenz um Quoten und Auflagen befreit und zuverlässig von der Allgemeinheit finanziert werden. Das ist Sache einer couragierten vorausschauenden politisch-ökonomischen Entscheidung. Die Einrichtung privater werbungsfinanzierter Medien war ein durch kurzfristige Wirtschaftsinteressen motivierter politischer Fehler, den es zu korrigieren gilt.

Zu 3.

Ebenso zweifellos ist unser derzeitiges politisches System, insbesondere das Parteiensystem, Teil unserer Zukunftsprobleme. Politiker sind wie die Medien konkurrenzgetrieben und in ihrer Handlungsfähigkeit von Zustimmungsquoten abhängig. Parteien untereinander sowie Politiker und Wahlvolk blockieren sich gegenseitig: Weil Mehrheiten eher dazu neigen, gewagten Versprechen zu glauben als bittere Wahrheiten zu akzeptieren, liefern sich die Parteien - statt gemeinsam Verantwortung zu übernehmen - im Dauerwahlkampf zwischen Führung und Opposition einen Wettstreit im Verschweigen und Aufdecken von Wahrheiten - je nach vermutetem Nutzen für einen Machtgewinn - und verhindern so, dass das verwirrte Wahlvolk eine klare Orientierung gewinnen und die genannte fatale Neigung überwinden kann.

Es gibt weitere Kritikpunkte: Das Parlament repräsentiert in seiner Zusammensetzung nicht die Bevölkerung. Es entscheiden im Parlament Mehrheiten über Sachfragen, von denen jeweils nur ein geringer Teil wirklich *selber* überhaupt sachkundig sein kann. Die Entscheidungen orientieren sich häufig mehr an Fraktions- und Koalitionszwängen sowie begrenzten Klientelinteressen als an der Sache und an übergeordneten Interessen der Allgemeinheit. Regierungsmitglieder kontrollieren als Parlamentarier ihre eigene Arbeit. Es gibt wegen der Möglichkeit der Mitwirkung von Politikern in Aufsichtsräten Verquickungen partikulärer wirtschaftlicher und allgemeiner politischer Interessen. Politik sollte von der Öffentlichkeit, die nur über Medien hergestellt werden kann, kontrolliert werden - sie nimmt aber umgekehrt Einfluss auf Medien. Wegen der kurzen Wahlperioden geraten langfristige Zukunftsfragen leicht ins Hintertreffen. Wahlkämpfe geraten meist zu Mustern politischer Unkultur. Es gibt vielfältigen Reformbedarf. Dafür sind Ideen gefragt. Die gibt es durchaus. Z.B. plädiert Johannes Heinrichs für ein Parlament, das nicht nach Parteien, sondern nach grundlegenden Sachbereichen strukturiert ist. Dieter Lutz und Mohssen Massarat setzen sich für ein Zukunftsparlament bzw. eine Dritte Kammer mit jeweils wesentlich längeren Wahlperioden ein - zuständig für die Absicherung längerfristiger Perspektiven.

Zu 4.

Terrorismus ist eine nicht zu verharmlosende akute Bedrohung, die erst auf dem Nährboden einer ungerechten Weltordnung das heutige Ausmaß erreichen konnte - einer Weltordnung, durch die Mehrheiten in unterentwickelten Ländern hoffnungslos benachteiligt sind gegenüber den davon profitierenden Bürgern der hochentwickelten Länder. Ihm zu begegnen gibt es zwei alternative Ansätze - nämlich Aufrechterhaltung des ungerechten sozialen Gefälles und aufwendige militärische und sonstige Sicherheitsmaßnahmen oder Abbau des Gefälles und Einsparung an dadurch längerfristig überflüssig werdenden Aufwendungen für Sicherheit. Aus humanistischen Gründen und wegen der prinzipiellen Verletzlichkeit hochorganisierter Gesellschaften ist die erstgenannte Möglichkeit keine wirklich Lösung. Die andere - sozialer Ausgleich - ist dagegen gleichzeitig Voraussetzung für den notwendigen weltweiten Übergang zu nachhaltiger Wirtschaftsweise.

Zu 5.

Arbeitslosigkeit ist Resultat unbewältigter sozialer Folgen wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Konkurrenz drängt diesen auf allen Gebieten seit langem in die Richtung, teure lebendige Arbeit durch kostengünstigere hochproduktive und ressourcenintensive technische Verfahren zu ersetzen. Die dadurch systematisch frei werdende lebendige Arbeitskraft kann *nicht unbegrenzt* durch immer neue zusätzliche Produkte und Leistungen abgebunden werden, für die ein Bedarf erst kostspielig geweckt werden muss - sowohl aus anthropologischen wie vor allem aus ökologischen Gründen. Das Grundprinzip, gesamtgesellschaftlich erwirtschaftete Produkte und Leistungen nur über Erwerbsarbeit an *alle* zu verteilen, kann deshalb ab einer bestimmten Produktivität grundsätzlich nicht mehr funktionieren und müsste durch ein anderes ersetzt werden. Statt darüber nachzudenken, werden alle möglichen, absehbar untauglichen Ansätze versucht: Schnellere Vermittlung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes schaffen keine neuen Arbeitsplätze. Was durch verringerte Lohnnebenkosten an Arbeitsplätzen möglicherweise neu entsteht, wird durch die konkurrenzgetriebene weitere Rationalisierung schnell überkompensiert. Eine wirkliche Lösung des Problems ist nur in Form eines ausnahmslos allen Menschen - unabhängig von ihrer Beschäftigung - zustehenden ausreichenden Grundeinkommens denkbar. Ginge man von einem solchen Grundprinzip aus, so könnte jeder Mensch entsprechend seinen Bedürfnissen seine Lebensarbeitszeit selbst regulieren, ohne dass dieses der Gesellschaft zusätzliche Kosten verursachen würde. Von der hochgejubelten Informations- und Wissensgesellschaft sollte man sich nicht allzu viel erhoffen. Diese nicht-materiellen Güter werden voraussichtlich einen ganzen Rattenschwanz materieller Folgen nach sich ziehen, für die es globale ökologische Grenzen gibt.

Zu 6.

Da das Verteilungsprinzip Erwerbsarbeit absehbar nicht mehr funktioniert, können auch Renten- und Gesundheitssystem kaum noch sinnvoll darauf aufbauen und sollten ebenso eine Grundsicherung für alle vorsehen.

Sowohl für das Grundeinkommen (nach 5.) als auch für diese soziale Grundsicherung ist zunächst unklar, woher die Mittel dafür kommen sollen. Dafür gibt es von Peter Kafka einen sehr radikalen Vorschlag mit tiefgreifend positiven Folgen für die Richtung unseres wissenschaftlich-technischen Fortschritts: Steuern werden allein auf schädliche Aktivitäten erhoben - wie Umweltverschmutzung, Verbrauch (insbesondere nichtregenerierbarer) Ressourcen und auf sozial schädliche Aktivitäten. Kosten dürfen auf keine Weise mehr externalisiert werden. Das würde Rationalisierung in eine sozial und ökologisch zukunftstaugliche Richtung lenken.

Für die Alterssicherung gibt es das höchst zweifelhafte Konzept, sie aus Gewinnen am Kapitalmarkt zu finanzieren. Damit wird die *Alterssicherung* abhängig gemacht von dem prinzipiell *chaotischen* (mithin *unsicheren*) Systemverhalten dieses Gesellschaftsbereiches.

Auch Verlängerung der Lebensarbeitszeit scheint unter den Bedingungen wachsender Produktivität bei gleichzeitiger Begrenzung unseres Stoffwechsels mit der Natur und daher sinkender Beschäftigung kaum zukunftstauglich zu sein. Es erscheint dagegen denkbar, auch eine Grundsicherung für das Alter auf die genannte Besteuerungsbasis zu stellen.

Zu 7.

Zyklische Wachstumsschwächen, Stagnationen, Rezessionen sind Schwingungserscheinungen, die aus der Selbstregulation eines unzureichend verstandenen komplexen Systems resultieren, durch die viel menschliches Leid entsteht und enorme gesellschaftliche Mittel vergeudet werden. Zukunftsforschung sollte das nicht als gegeben hinnehmen sondern versuchen, Ideen für eine optimierte Selbstregulation zu entwickeln. Das erfolgreichste aller *bisherigen* Systeme muss keinesfalls von vornherein das beste aller *möglichen* Systeme sein. Außerdem sollte die Frage erlaubt sein, ob denn angesichts des Niveaus des Lebensstandards in den hochentwickelten Ländern der Erfolg eines Wirtschaftssystems an einer möglichst hohen Wachstumsrate gemessen werden darf.

Zu 8.

Globalisierung besteht bisher vorwiegend darin, dass Wirtschaftsunternehmen im Gefolge hochentwickelter Verkehrs- und Informationstechnologien sich politisch die Voraussetzungen dafür erstritten haben, weltweit unterschiedliche soziale und ökologische Standards rücksichtslos für die Zwecke hochentwickelter Länder auszunutzen zu können, ohne damit wirksam zum Abbau dieser Unterschiede beizutragen - mit der Folge, dass auch in hochentwickelten Ländern bereits erreichte Standards gefährdet werden. Globalisierung sollte nach Vorschlägen von Josef Radermacher künftig politisch so reguliert werden, dass unterentwickelten Ländern - abhängig von der Erfüllung sozialer, kultureller und ökologischer Standards - Unterstützung für eine eigenständige Entwicklung gewährt wird. Das würde den Migrationsdruck auf die hochentwickelten Länder und auch terroristische Gefährdungen senken.

Wenn wir den Elan insbesondere hochqualifizierter Ausländer für uns nutzen wollen, dann sollten wir den Herkunftsländern einen Ausgleich für deren Ausbildung bezahlen und so zum Aufholen dieser Länder beitragen, statt sie auf diese Weise auszubeuten.

Zu 9.

Der „Übergang von der industriellen Gesellschaft zu einer Ökonomie des Wissens“ muss vor allen Dingen darin bestehen, bei gleichzeitiger Dematerialisierung unserer gesellschaftlichen Lebensprozesse einen größeren Gewinn an subjektiver Zufriedenheit zu erreichen. Das ist zum einen eine wissenschaftlich-technische Herausforderung: Wir brauchen eine Beschleunigung beim Übergang zu umweltfreundlichen regenerativen Energien, zu höherer Energie- und Materialeffizienz, zu echter Kreislaufwirtschaft. Es ist zum anderen die kulturelle Herausforderung, Abschied zu nehmen von einer zukunftsuntauglichen Wegwerf- und Konsumgesellschaft. Es ist die Forderung, die gesellschaftlichen Mechanismen zu identifizieren und zu begrenzen, die menschliches Denken, Fühlen und Handeln bisher massenhaft in diese Richtung kanalisieren, ohne dass damit wirklich mehr Zufriedenheit erreicht wird. Am Ende wird daraus eine durchaus wünschenswerte Entschleunigung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse resultieren, die unserem menschlichen Zeitmaß der Prägung im Generationentakt angemessen ist und uns Zeit lässt, Innovationen gründlich auf ihre ökologischen und sozialen Folgen zu untersuchen, bevor sie aus Gewinnsucht als Massenexperiment mit ungewissem Ausgang der Gesellschaft aufgehalst werden.

Zu 10.

Sicher ist der Gedanke richtig, dass pessimistische Warnungen das begünstigen können, wovon sie warnen. Umgekehrt aber ermöglichen erst realistische Warnungen, das zu vermeiden, wovon sie warnen. Gerade darum reicht es nicht, als Reaktion auf Schwarzmalerei, pauschal Optimismus - wenn auch „skeptischen“ - zu verbreiten, ohne klar die realen Herausforderungen zu benennen und wenigstens erste Denkansätze zu ihrer Bewältigung zur Diskussion zu stellen. Was unserer Meinung nach dem „Zukunftsmanifest“ an konkreten Inhalten fehlt, haben wir versucht aus unserer derzeitigen Sicht beizusteuern.

Das „Zukunftsmanifest“ demonstriert u.E. die folgerichtig zu erwartenden Horizontbeschränkungen einer Zukunftsforschung, die ihre Mittel mit der Beratung von Unternehmen erwirtschaften muss. Das unterstreicht die seit langem erhobene Forderung nach einer unabhängigen universitären Zukunftsforschung in Deutschland.

Wir werden das „Zukunftsmanifest“ von Matthias Horx nicht unterzeichnen – jedenfalls nicht ohne sehr grundsätzliche Änderungen in dem hier angedeuteten Sinne.

Im WZFG e.V. diskutiert und beschlossen am 13.12.02.

gez. Dr. Hans-Volker Pürschel
Vors. WZFG e.V.